

DIE STUDENTENBEWEGUNG DER SECHZIGER JAHRE IN ÖSTERREICH

ANTON PELINKA

**Was wird
allgemein unter
der Studentenbe-
wegung der
sechziger Jahre
verstanden?**

Studenten haben in den reicheren Ländern – eigentlich beginnend mit dem free-speech-movement in Berkeley 1964, dann nach Europa übergreifend, mit dem Höhepunkt 1968 – radikal das eingefordert, wofür ihre politischen Systeme zu stehen behaupteten. Die Studentenbewegung war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie Demokratie beim Wort nahm. Eine radikal-demokratische Bewegung also, die nicht mehr mit dem Hinweis auf materielle Sätturiertheit, und daß es früher schlechter gewesen sei, zufriedengestellt werden konnte.

Für Österreich brachte die Studentenbewegung vor allem den Aspekt der Europäisierung. Sie war in der Alpenrepublik relativ schwach, wenn man sie mit Paris 1968 oder mit der deutschen Studentenbewegung Berlin 1967/1968 vergleicht. So gesehen entwickelte die Studentenbewegung in Österreich nur eine relativ geringe politische Sprengkraft, war aber und ist in ihren Konsequenzen wichtig, weil sie eigentlich zum erstenmal seit 1955 internationale (zunächst europäisch-politische) Wellenlängen nach Österreich gebracht hat. Österreich stellt bis zur Studentenbewegung 1968 ein relativ abgeschottetes Land dar: um mit den Worten von Papst Paul VI. zu sprechen, eine Insel, eine „Insel der Seligen“; oder der „Wenigerseligen“? Die Studentenbewegung hat deutlich gemacht, daß Österreich keine Insel ist und daß das, was in Europa passiert, sich gesellschaftlich in Österreich niederschlägt; zwar mit Verspätung und abgeschwächt – aber dennoch!

Erste These: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre hat in Österreich besonders verfestigte Strukturen vorgefunden.

Die Studentenbewegung ist in Österreich gegen härtere Wände gelaufen als in anderen westlichen Demokratien Europas. Diese „harten Wände“, an denen man sich die Köpfe blutig schlagen konnte, hießen: erstens Parteienstaat, zweitens Verbändestaat und drittens stabiles Wählerverhalten.

Parteienstaat heißt, daß in Österreich die Parteien nicht Produkte des Staates, sondern der Staat Produkt der Parteien war. Zweimal – 1918 und 1945 – wurde die Republik von Parteienvertretern gegründet. Die Parteien sind älter als diese Republik und haben daher durchaus konsequent diesen Staat, diese Republik, nach ihren Vorstellungen geformt – in Besitz genommen. Parteienstaat in den Sechzigern bedeutete, daß es eigentlich keinen Staat gab, sondern nur SPÖ und ÖVP sowie ein kleines Stückchen FPÖ – und sonst nichts. Der Staat war somit die Summe der Parteien. Politisches Engagement außerhalb dieser vorgegebenen, festen Organisationsformen war kaum vorstellbar und kaum möglich.

Der Parteienstaat hat sich in der Zweiten Republik den Verbändestaat als zweites Standbein geschaffen. Dieser Verbändestaat hat die verfestigten Organisationsformen noch zusätzlich gestärkt. Außerhalb der Parteien und Verbände, vor allem der Kammern und des ÖGB, war politisches Engagement nicht sinnvoll vorstellbar, welcher Umstand durch stabiles Wählerverhalten abgesichert wurde.

Die Schwankungen zwischen den drei etablierten Parteien, die den drei traditionellen Lagern entsprachen, waren extrem gering, denn es schien in der politischen Kultur der sechziger Jahre noch selbstverständlich, daß man sich einem der Lager zugerechnet hat. Das Ausbrechen aus dieser Bindung wurde moralisierend abwertend – wie etwa: Flugsand, Untreue, bis hin zum Verrat – bewertet. Die Studentenbewegung hat, und das ist eine Relativierung der drei festen Mauern, 1966 eine ungewöhnliche Situation vorgefunden, nämlich die zunächst als Betriebsunfall eingeschätzte Beendigung der Großen Koalition. 1966 endet die Große Koalition, auch wenn man rückblickend sagt, das Ende der Großen Koalition sei als Konsequenz der absoluten Mandatsmehrheit der ÖVP ein rechnerischer Zufall gewesen: Denn hätte die DFP nicht kandidiert und über 3 % Stimmen bekommen, ohne selbst in den Nationalrat einzuziehen, wäre die Hürde zur absoluten Mehrheit nicht so niedrig gewesen, und die ÖVP hätte es demnach nicht geschafft. Wie auch immer, dieses

Erlebnis, daß man Österreich auch ohne Große Koalition regieren kann, hat eine Art Befreiungseffekt, Enttabuisierung herbeigeführt. Man kann das sehr gut an der Person Bruno Kreisky nachvollziehen: Am Parteitag der SPÖ im Frühjahr 1966 war Bruno Kreisky der Hauptvertreter der Politik. Trotz demütigenden Bedingungen der ÖVP tritt er für die Große Koalition ein und unterliegt damit. Ab Jänner 1967, als neuer Parteivorsitzender der SPÖ, verfolgt Bruno Kreisky konsequent und zunächst überraschend die Politik, die sich immer mehr von der Großen Koalition abwendet und schließlich die sozialdemokratische Hegemonie der siebziger Jahre einleitet.

Die Studentenbewegung betritt also, relativiert durch den erwähnten „Betriebsunfall“, eine durch Loyalitäten extrem verfestigte politische Landschaft. Die politischen Loyalitäten in Österreich hießen: ÖVP-Loyalität, SPÖ-Loyalität oder FPÖ-Loyalität. Politische Konfliktlinien waren nur entlang dieser Parteien sinnvoll und vorstellbar. Das wurde von der Studentenbewegung hinterfragt, konterkariert und herausgefordert. Sie hat sich nicht darauf verstanden, daß sie sich im Bündnis mit einer Partei gegen eine andere stellt, daß sie sich integrieren läßt, um dann genau diese Konfliktlinie zwischen SPÖ gegen ÖVP nachzuzeichnen. Dafür hatte es schon im „Fall Borodajkewycz“ Anzeichen gegeben. Auf der anderen Seite war es im wesentlichen der Ring Freiheitlicher Studenten, der für Borodajkewycz demonstriert hat und damit eher für eine alte Politik gestanden ist.

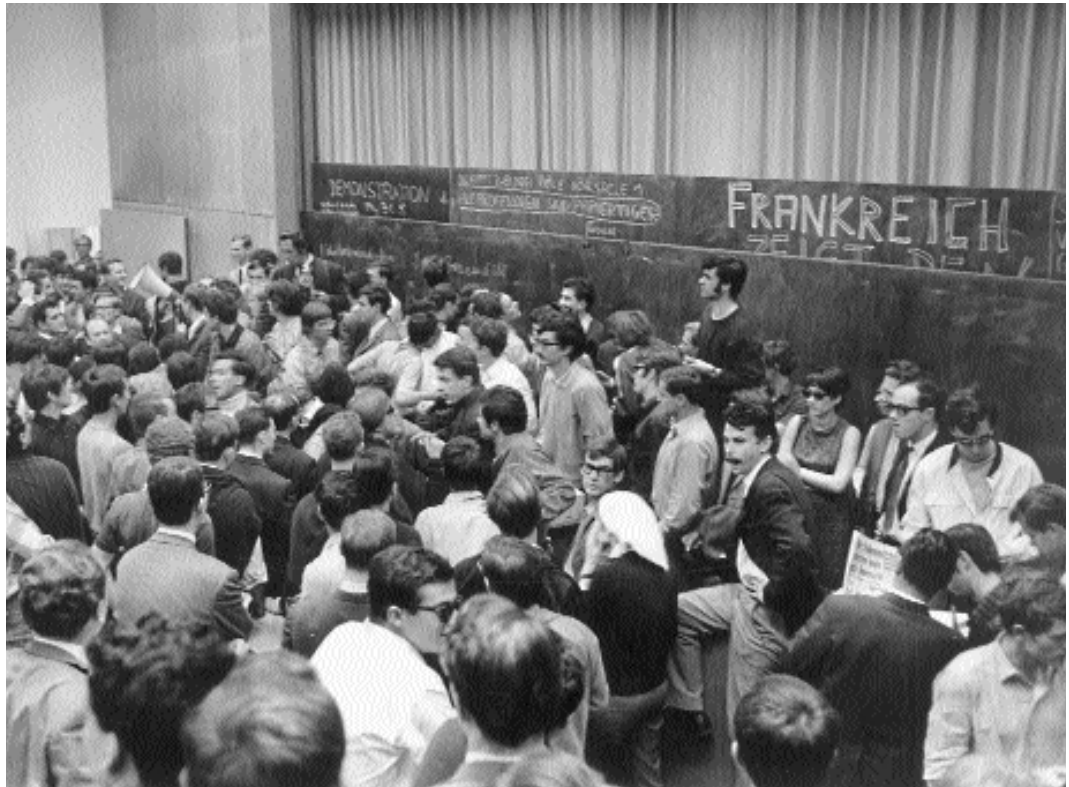
Ein zweites Ereignis, das dieses Aufbrechen der Konflikte andeutet, sind die Vorfälle vom 1. Mai 1968. Während der traditionellen Maifeier der SPÖ Wien vor dem Rathaus demonstrieren linke Studenten – größtenteils aus dem Verband Sozialistischer Studenten – und stören mit Zwischenrufen die Rede des Bürgermeisters von Wien, Bruno Marek. Daraufhin publiziert Günther Nennung im Neuen Forum Unterstützungserklärungen für die Studenten und wird aufgrund dessen von dem Parteivorsitzenden Bruno Kreisky „Wurstel“ genannt. Nennung klagt. Kreisky wird vom Nationalrat nicht ausgeliefert und somit auch vor einer unvermeidlichen Strafverurteilung bewahrt. Auch hier handelt es sich um eine Konfliktlinie, die nichts mit ÖVP gegen SPÖ zu tun hat, sondern quer durch die SPÖ geht. Die Studentenbewegung protestiert gegen die traditionellen Strukturen der SPÖ, und der zu Ambivalenz gezwungene Parteivorsitzende ist in diesem Fall bei den traditionellen Strukturen zu finden.

Die Studentenbewegung in Österreich war angesichts der verfestigten parteipolitischen Lage relativ stark von den traditionellen Strukturen kontrolliert

Zweite These:

Die österreichische Studentenbewegung findet zunächst in den traditionell politischen Kanälen statt – überwindet sie aber teilweise. Die österreichischen Universitäten waren Mitte der sechziger Jahre durch Kontinuität gekennzeichnet. Die Kontinuität wurde dadurch unterstrichen, daß bald nach 1945 die wenigen wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassenen Universitätslehrer wieder eingesetzt worden waren. Die Kontinuität zeigte sich aber für die Studenten besonders darin, daß studentische Politik, die das an sich gesamtuniversitär sehr gut organisierte System studentischer Repräsentation – Stichwort Hochschülerschaft – geregelt hat, eindeutig von den politischen Parteien (= politischen Lagern) beherrscht war. Die studentische Politik bis Mitte der sechziger Jahre wurde entweder im Rahmen der von der ÖVP und insbesondere vom Kartellverband kontrollierten Mehrheitsgruppe Wahlblock (später ÖSU als Ergebnis einer gewissen Flexibilisierung durch die Studentenbewegung) oder des von der FPÖ kontrollierten Ringes Freiheitlicher Studenten oder des von der SPÖ kontrollierten Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs betrieben. Andere Gruppierungen, wie etwa der Kommunistische Studentenverband, haben hier überhaupt keine Rolle gespielt. Das Drei-Parteien-System auf der Makroebene findet eine vollständige Entsprechung auf der studentischen Ebene, allerdings mit anderen Stärkeverhältnissen: Die sozialistischen Studenten verhältnismäßig schwach, die beiden bürgerlichen Fraktionen deutlich stärker als die entsprechenden Parteien. Bereits vor der Studentenbewegung funktionierten die studentischen Fraktionen als Karriereschienen für den Aufstieg in die jeweiligen Parteien. Neben der Ferdinand Lacinas beginnt die Karriere Heinz Fischers und Karl Blechas im Verband Sozialistischer Studenten, die Karriere von Alois Mock und

*Besetzung eines UNI-Hörsaals. Die revolutionären Vorgänge im Mai '68 in Paris waren Vorbild für die Aktionen österreichischer StudentInnen. Ende Mai besetzten sie die Universität in Wien, hielten die Rote Fahne und hielten Diskussionsveranstaltungen ab.
Quelle: Votava*



Heinrich Neisser im Wahlblock und die Karriere eines Alexander Götz oder eines Helmut Krünes im Ring Freiheitlicher Studenten. Es wäre sicherlich interessant, die Kandidatenlisten der diversen Fraktionen der Hochschülerschaftswahlen in den fünfziger und frühen sechziger Jahren anzusehen und auf Kontinuität in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren hin zu untersuchen. Diese Kontinuität findet die Studentenbewegung vor, politische Karrieren werden über studentische Gruppierungen im Rahmen der vorgegebenen Lager und traditionellen Parteien angestrebt, studentische Politik ist Lagerpolitik – ist Parteienpolitik. Studenten, die 1968 und danach studiert und sich an den Universitäten organisiert haben, haben kaum oder nicht in dem Ausmaß wie vor 68 politische Karriere gemacht. Die Karriereleiter studentischer Politik direkt in die Führungsetagen des politischen Systems reißt fast ab, wird brüchig – und kann kaum noch verwendet werden. Zwei Namen auf Prominentenebene wären hier noch zu nennen: Cap und Frischenschlager. Nicht zufälligerweise ist bei der ÖVP kein Nach-68er-Studentenvertreter, der auf dieser Ebene in die Politik hineingekommen wäre, zu erwähnen.

Die Studentenbewegung 68 bewirkt eine massive Entfremdung zwischen Studenten und Parteien. Das universitäre Milieu, die studentischen Aktivitäten entfremden sich von der traditionellen Kultur der Zweiten Republik, die da heißt: Summe von SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Die politische Dekomposition der Studenten wird durch bestimmte Sonderaktionsformen, hier eben durch die Aktion, einer studentischen Gruppe der 68er, unterstrichen. Die politische Landschaft auf studentischer Ebene beginnt zu zerfallen, unberechenbar zu werden und damit ihre Nützlichkeit für die Parteien langsam zu verlieren. Das Interesse der Parteien an studentischer Politik nimmt ab: nicht an den Universitäten, aber an der studentischen Politik an den Universitäten.

Dritte These: Die Studentenbewegung in Österreich hat zum „linken Zeitgeist“ der siebziger Jahre wesentlich beigetragen.

Zunächst verschiebt sich das Wählerverhalten innerhalb des traditionellen Parteienspek-

trums zugunsten der Sozialistischen Partei Österreich. Die SPÖ kann in der Ära Kreisky im Wettbewerb mit anderen Parteien die Studentenbewegung thematisch für sich nützen. In den achtziger Jahren geschieht dies nicht mehr, und die neue Beweglichkeit – auch Produkt des Jahres 1968 – richtet sich gegen die traditionellen Parteien, einschließlich der SPÖ. Das gehört zu diesem linken Zeitgeist in direkter Verbindung mit der Studentenbewegung.

Die Studentenbewegung – von Berkeley bis Wien – ist angetreten, die Demokratie beim Wort zu nehmen. Wenn wir uns die politischen Dokumente der Siebziger ansehen, wird deutlich, wie sehr sich das niederschlägt. Im Salzburger Programm der ÖVP, dem Grundsatzzprogramm der Volkspartei von 1972, lesen wir von dem Grundwert der dynamischen Demokratie, die sich in die Gesellschaft ausbreitet: eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierungskonzeption von einer zumindest in einer allgemeinen Form formulierten Radikalität, von der heutige Politiker – auch verbal – Abstand nehmen würden. Im neuen Parteiprogramm der SPÖ von 1978 lesen wir von der Durchflutung aller Lebensbereiche mit der Demokratie: eine noch radikalere gesamtgesellschaftliche Demokratisierungsvorstellung. Es ist hierbei anzumerken, daß solche Programmpunkte nicht als politische Anweisungen Bedeutung haben, wohl aber als politisches Barometer, als Indikatoren für die politische Befindlichkeit. Diese Demokratisierungspostulate entsprechen dem radikalen Demokratieverständnis der Studentenbewegung.

Demokratisierungspostulat

In den siebziger Jahren wachsen Dritte-Welt-Gruppen aus dem österreichischen gesellschaftlichen Boden. Das Engagement für die Armen dieser Welt, das Engagement gegen die globale Ausbeutung wird in Österreich eine wichtige Betätigung. Das entspricht auch genau dem Politikverständnis der Studentenbewegung, Österreich ganzheitlich eingebunden in das Weltweite der Verteilung der Ressourcen zu sehen, eingebunden als Nutznießer dieser weltweiten Verteilung.

Internationalisierung

Hier besteht ein besonders wichtiger Konnex, denn im Vorfeld der Nationalratswahl von 1970 wird in Österreich das „Anti-Bundesheer-Volksbegehren“ gestartet: der eigentliche Beginn einer österreichischen Friedensbewegung des neuen Typs. Es hat immer schon eine Friedensbewegung des alten Typs gegeben, so die Antiatombombenbewegung, die allerdings mangels österreichischer Atombomben keine größere Anhängerschaft fand. Das Anti-Bundesheer-Volksbegehren hat eine wesentliche Resonanz und wird von der SPÖ mit der Forderung „Sechs Monate sind genug“ wahlstrategisch genutzt. Daraufhin beschließt dann die SPÖ-Regierung: „Acht Monate sind genug.“ So beginnt eine Wellenbewegung des Auf und Ab, die jedenfalls bis 1982 weitergeht. Es handelt sich hierbei um ein Engagement bestimmter Gruppierungen, die im Sozialprofil und in Karriereverläufen sehr eng mit der Studentenbewegung von 1968 zu tun haben. Einerseits wird die österreichische Landesverteidigung kritisch thematisiert, und andererseits findet auch die Integration in die internationale Friedensbewegung statt. 1982 wird deshalb angeführt, weil in diesem Jahr die großen Demonstrationen gegen die Nachrüstung der NATO stattfinden.

Friedensbewegung

Die Studentenbewegung beginnt an der Universität, und eine ihrer Forderungen ist die Öffnung dieser: die Öffnung der Entscheidungsstrukturen an den Universitäten, die Öffnung des Entscheidungsmonopoles der Professoren zugunsten eines pluralen Entscheidungssystems, aber auch die soziale Öffnung. Schon in den sechziger Jahren noch vor der Ära Kreisky geschieht dies bei den als elitär empfundenen Bildungsinstitutionen, Gymnasien und Universitäten. Nutznießer dieser neuen sozialen Mobilität, einer Art „self-fulfilling prophecy“, sind die Träger der nächsten Generation der Studentenbewegung.

Sozialmobilität

Auffallend ist, daß die Studentenbewegung zunächst in einem Punkt nicht fruchtbar ist, nämlich im Bereich der Frauenbewegung. Die faktische Diskriminierung der Frauen wird von der Studentenbewegung noch nicht besonders thematisiert. Die Heroen der Studenten-

*Demonstration sozialistischer StudentInnen in Wien für Rudi Dutschke, 12. 4. 1968. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke gingen einige hundert StudentInnen auf die Straße und demonstrierten gegen die deutsche Springer-Presse, die eine Hetz-Kampagne gegen Dutschke gestartet hatte.
Quelle: Votava*



bewegung sind durchwegs männlichen Geschlechts. Eva Kreisky schildert in einem Interview, daß die Freundinnen der Heroen im wesentlichen zum „Kaffeekochen“ und zum Tippen von radikalen Aufrufen mobilisiert wurden. Hier ist eine Verspätung festzustellen, denn erst in den siebziger Jahren entsteht ansatzweise eine autonome Frauenbewegung in Österreich. Erst Ende der Siebziger reagiert die traditionelle Politik auf die sich abzeichnende Frauenbewegung durch eine signifikante Steigerung der Frauenquote in den verschiedenen Entscheidungsebenen des politischen Systems. Fristenlösung und Mitbestimmung werden 1973 durch Strafrechtsänderung und Arbeitsverfassungsgesetz institutionalisiert. Eine Anmerkung charakterisiert die Befindlichkeit: Damals hätte auch der Wirtschaftsbund der ÖVP nicht die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie zu fordern gewagt, weil es nicht dem Zeitgeist entsprach. Heute sind alle für die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, und von der Mitbestimmung wird sehr wenig gesprochen. In den Siebzigern hingegen waren alle für die Mitbestimmung und niemand für die Privatisierung.

Der Durchbruch zur universitären Mitbestimmung erfolgt durch das Universitätsorganisationsgesetz 1975. Schon in den ersten Überlegungen dazu, in der Schlußphase der ÖVP-Alleinregierung, deutet sich interessanterweise eine gewisse Abschwächung des „linken Zeitgeistes“ an. Unter dem damals auch für die Universitäten zuständigen Bundesminister Alois Mock wurden durchwegs Drittelparitäten in allen Universitätsgremien als Diskussionsvorschlag formuliert. Das UOG kennt überall studentische Mitbestimmung und Mitbestimmung des Mittelbaus, aber die Drittel-Parität 1:1:1 ist nur ausnahmsweise auf einigen der Ebenen, nicht aber auf der Fakultätsebene und auch nicht auf der Ebene der bevollmächtigten Berufungs- und Habilitationskommissionen zu finden. Der „linke Zeitgeist“ zusammengefaßt findet einen konkreten politischen Niederschlag und lebt weiter, etwa in Form der Mitbestimmung nach dem Arbeitsverfassungsgesetz und in der universitären Mitbestimmung.

Die Studentenbewegung in Österreich war wesentlich für die Basis sozialdemokratischer Hegemonie.

Vierte These:

Die siebziger Jahre bringen der SPÖ in Österreich, verglichen mit dem Rest Europas, einmalige Spitzenwerte. In keiner anderen westlichen Demokratie Europas nach 1945 war es einer politischen Partei gelungen, dreimal hintereinander die absolute Mehrheit an Stimmen zu erreichen. Die CDU/CSU hat es einmal geschafft, und sonst sind in Europa keinerlei vergleichbare Stimmenmehrheiten festzustellen. So gesehen sind die siebziger Jahre in Österreich der Höhepunkt der quantitativen sozialdemokratischen Folge in Europa. Die Betonung liegt auf quantitativ, denn über den Faktor Qualität wäre erst zu diskutieren.

Wenn man also Erfolg in Wählerstimmen mißt, war die SPÖ der Siebziger die erfolgreichste politische Partei Europas seit 1945. Hinter diesem Höhenflug steht eine gewaltige Integrationskraft der Sozialdemokratie, die sich auch wesentlich auf die Studentenbewegung auswirkt. Die Sozialdemokratie eines Bruno Kreisky entfaltet ihren herben Charme der Studentenbewegung gegenüber und setzt sie einer überaus starken Anziehungskraft aus. Ein Dokument für diese Integrationsstärke der Sozialdemokraten ist das noch immer in Geltung befindliche Grundsatzprogramm der SPÖ von 1978. Es wurde weitgehend von einem Redaktionsteam, an dessen Spitze Egon Matzner – ein knapp „Vor-68-Bewegter“ – stand, und von Leuten unmittelbar aus der 68er-Generation, die sich dem Integrationszog der SPÖ nicht entziehen konnten, erstellt. Natürlich ist die SPÖ damit nicht zur Partei der Studentenbewegung geworden, denn sie hat die Studentenbewegung genauso wie die Katholiken und die ehemaligen Nationalsozialisten als Segment der österreichischen Gesellschaft behandelt, das man im Zuge der additiven Pluralismusstrategie umwerben und gewinnen muß, um die nötigen Prozentpunkte dazuzugewinnen. Das bedeutet, daß zum traditionellen innerparteilichen Pluralismus der Sozialdemokratie – soundsoviele Mandate gehören der Frauenorganisation, soundsoviele gehören der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter usw. – der regionale Proporz gelegt wird, der unter Bruno Kreisky wesentlich ergänzt worden ist. Als Beispiel einer demonstrativen Geste des absoluten Pluralismus wäre anzuführen, daß mit Rudolf Kirchschräger nicht nur ein demonstrativ als Katholik in die Auslage gestellter Mann Außenminister wurde, sondern daß auch Bruno Kreiskys erster Weg nach der Angelobung als Bundeskanzler in das Erzbischöfliche Palais zum Antrittsbesuch bei dem Kardinalerzbischof von Wien führte. Auch ehemalige Nationalsozialisten waren ein Teil der Pluralismusstrategie der SPÖ. Es wurden nicht nur relativ viele, im Ausmaß vermutlich nicht einmal von Bruno Kreisky so gewollt, ehemalige Nationalsozialisten in die Regierung Bruno Kreisky berufen, sondern in der demonstrativen Schutzgeste für Friedrich Peter 1975 wird die SPÖ gleichsam zum Schutzmantel für die ehemaligen Nationalsozialisten, die auf das „ehemalig“ einen gewissen Wert legen.

Zum additiven Pluralismus gehört von Beginn an, und das ist bereits eine Konzession an den Geist der Studentenbewegung, auch die Jugend. Ein 32jähriger wird 1970 Bundesminister für Finanzen. Heute gelten noch 40jährige als Nachwuchstalente der österreichischen Politik; und so ist Jörg Haider noch immer ein junger Politiker, obwohl er schon zehn Jahre älter ist als Androsch, als dieser Finanzminister wurde. Dieser additive Pluralismus, entsprechend der verschobenen Zeitgeistigkeit, richtet sich dann auch auf Frauen. Der Paukenschlag der vier weiblichen Staatssekretäre von 1979 fügt sich nur als ein weiterer Teil in die additive Pluralismusstrategie.

Die Studentenbewegung in Österreich war Vorboten einer neuen Beweglichkeit.

Fünfte These:

Die Studentenbewegung ist aufgrund ihrer Positionierung und Dynamik nicht den Lagern zuzuordnen. Wenn sie auch schwergewichtig links steht, so doch ohne von vornherein von der SPÖ kontrolliert zu werden. Die Studentenbewegung bringt eine Dynamik in das gesamte politische System ein. Natürlich trifft das nicht auf die Studentenbewegung allein zu, eine gewisse Parallelität fällt jedoch auf.

In den Siebzigern beginnt die Gemeinsamkeit des Abstieges der SPÖ und ÖVP. Diese Entsprechung wird zunächst noch durch das kurzfristige Hoch der SPÖ bei den Wahlen

1975 und 1979 überdeckt. Anders gesagt folgt auf das Hoch der SPÖ dann ein gemeinsamer, längerfristiger Abstieg der Großparteien. 1975 wählen 93 von 100 Österreicher/innen entweder SPÖ oder ÖVP, 1979 sind es nur noch 75 von 100. Gleichzeitig beginnt auch die Wahlbeteiligung auf der Bundesebene dramatisch zu sinken. Aus relativ aufwendigen Repräsentationserhebungen der Vergleichsjahre 1954 und 1985 ist ersichtlich, daß 1954 die SPÖ- und ÖVP-Anhänger sich automatisch mit ihrer Partei identifizieren. Die Werte von 1985 lassen hingegen erkennen, daß die Wähler von SPÖ und ÖVP sich nicht mehr mit einer Selbstverständlichkeit (wie zu einer Religionsgemeinschaft) sekundär religiös ihrer Partei zuordnen. Darum handelt es sich bei der von mir erwähnten neuen Beweglichkeit.

Woher rührt nun diese neue Beweglichkeit? Nach der klassischen Stammwählerdefinition habe man sich für eine bestimmte Partei entschieden und gebe auch dann seine Stimme, wenn man mit dem, was die Partei tut und plant, nicht 100%ig einverstanden ist. Dieses Partei-Wählen, auch wenn man diese Partei kritisiert, geht in allen sozialen Schichtungen zurück. Die geringsten Stammwählerwerte findet man bei den Jungwählern, und deren Verhalten wird natürlich im Laufe der Zeit gesellschaftlich multipliziert.

Sechste These: Die Studentenbewegung in Österreich war Vorboten und Vorläuferin der neuen sozialen Bewegungen.

Zu dem schon erwähnten Anti-Bundesheer-Volksbegehren als Beginn einer neuen Friedensbewegung kommen in Österreich: die Frauenbewegung und die Ökologiebewegung. Bei den beiden letzteren war die Studentenbewegung Vorläuferin. Zwar hat sie die Themen Ökologie und faktische Diskriminierung der Frau nicht politisch gemacht, aber durch die neue Bewegung und vor allem durch die Identität der Träger der Studentenbewegung und der neuen Sozialbewegungen wird dies deutlich.

Was heißt nun Identität der Träger? Die Träger der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen, die Ende der Siebziger wichtig werden, sind in ihren Merkmalen weitgehend deckungsgleich, indem sie durch die Faktoren Jugend und Bildung verbunden werden. Je jünger Österreicher/innen sind und je besser sie gebildet sind – wobei besser gebildet heißt, daß man länger in den Institutionen der höheren Bildung verweilt, was mit Klügerwerden zusammenhängen kann, aber nicht zwingend ist –, desto eher neigen sie zu sozialen Bewegungen. Das hat mit bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen und Ursachen zu tun. Hierzu möchte ich als Erklärung eine Art soziale Maslow'sche Bedürfnispyramide anführen, bekannt aus der Individualpsychologie. Hierbei geht es zunächst um die Befriedigung von Primärbedürfnissen. Erst wenn diese erfolgt ist, wird der Mensch frei für andere Bedürfnisse. Bert Brecht drückt es literarisch mit den Worten aus: „Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral.“

DEKOMPOSITION DER WÄHLERSCHAFTEN DER ÖSTERR. GROSSPARTEIEN (1954–1985)

In Prozent der Anhänger der jeweiligen Partei	affektive Parteibindung			kognitive Parteibindung		
	mit „Parteiidentifikation“			subjektiv gebundene Stammwähler		
	1954	1985	Veränderung	1954	1985	Veränderung
SPÖ-Anhänger	89	76	-13	81	55	-26
ÖVP-Anhänger	85	71	-14	82	49	-33

Quelle: a) Daten für 1954 nach: Österreichisches Institut für Markt- und Meinungsforschung (Dr. Fessel-Institut), Untersuchung über die politische Einstellung der österreichischen Bevölkerung (1954, S. 6 bzw. S. 11)
 b) Dr. Fessel + GfK. Innen- und Außenperspektive des österreichischen Parteiensystems (1985) bzw. Dr. Fessel + GfK. Kumulierte Jahreszählung der Parteipräferenzen 1985 (N=27.000 Fälle)

Für den politischen Bereich bedeutet Bedürfnispyramide, daß erst nach Befriedigung von sozialen Grundbedürfnissen die Menschen frei für eine neue Beweglichkeit werden. In Österreich eröffnete sich erst nach dem, was man euphemistisch Wiederaufbau genannt hat, und nachdem eine immer größer werdende Zahl von Österreichern sich an einen bestimmten Wohlstand, vor allem an soziale Sicherheit, gewöhnt hatte, die sozialpsychologische Möglichkeit für die Studentenbewegung und zehn Jahre später für die neuen sozialen Bewegungen. Auf die Zeitgeschichte bezogen gilt in dieser Hinsicht folgendes: Sobald der Hinweis „Es ist wichtig, daß es keinen 12. Februar 1934 wieder gibt!“ von einer jungen Generation nur mehr mit einem Achselzucken quittiert wird und niemand daran denkt, daß ein 12. Februar 1934 die reale Möglichkeit der Zweiten Republik darstellt, besteht in der Gesellschaft die Chance zu Studentenbewegung und sozialen Bewegungen. In diesem Punkt spielt auch der soziale Hintergrund der Universitäten eine Rolle. Die Universitäten waren – und sie sind es teilweise noch immer – die Stätten, wo nicht nur Menschen existieren, die dem Bildungssystem lange ausgesetzt sind, sondern auch Menschen, die in ihrem Durchschnitt eher aus den sozial bessergestellten Schichten der österreichischen Gesellschaft kommen. Vereinfacht ausgedrückt unterscheidet sich ein 20jähriger Student von einem 20jährigen Facharbeiter nicht nur durch die längere Verweildauer im Bildungssystem, sondern auch mit statistisch signifikanter Wahrscheinlichkeit durch einen anderen sozialen Herkunftshintergrund. Studenten sind in ihrem Durchschnitt nicht nur daran gewöhnt, daß es ihnen materiell relativ gut geht, sondern auch daran, daß sie eine relativ sichere materielle Zukunftsperspektive haben, was auch in der Gegenwart empirisch gut abgesichert ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Absolvent einer österreichischen Universität ein Dauerarbeitsloser wird, ist statistisch signifikant geringer als die Wahrscheinlichkeit, daß ein Pflichtschulabsolvent in bestimmten Regionen Österreichs, wie z. B. in Südkärnten oder der Mur-Mürzfurche, von Dauerarbeitslosigkeit betroffen wird.

Die Studentenbewegung in Österreich war Vorbotin der Zersplitterung des Parteiensystems. Zwei Faktoren sind hier insbesondere anzuführen:

1. Die „Grünen“ setzen die Studentenbewegung fort
2. „Ideologisierung“ führt zur „Säkularisierung“

Ad 1. Eine der wirksamsten Kräfte für diese Zersplitterung des Parteiensystems ist die vierte Partei, die der Grünen oder Grün-Alternativen. Um die Bedeutung dieser Parteien zu verstehen, muß man sich die österreichischen Besonderheiten, auf die die Studentenbewegung der sechziger Jahre gestoßen ist, vorstellen. In der Zweiten Republik hat es keinen erfolgreichen Versuch gegeben, eine vierte Partei in das politische System einzubringen. Das österreichische Parteiensystem war in der Wahrnehmung der Zeitgenossen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre ein verewigtes 2 1/2-Parteiensystem. Vielleicht handelt es sich hier nur um einen steingewordenen Indikator für diese uns heute so überholt erscheinende Grundannahme. In den späten siebziger Jahren wurde von der Vorarlberger Landesregierung ein neues Landhaus geplant, und für die Bedürfnisse des Landtages wurden drei Klublokale geplant. Kurz nach Eröffnung des neuen Landhauses ist eine vierte Partei im Vorarlberger Landtag eingezogen. Die Partei ist somit Motor und Indikator für die Zersplitterung. An diversen politischen Karrieren kann man nachvollziehen, /.../ daß die Karrieren direkt bzw. indirekt von der Studentenbewegung, zumeist über eine persönlich enttäuschende Zwischenstufe bei der Sozialdemokratie und/oder anderen linken Gruppierungen, zu den Grünen führen. Auch das Erlebnis ökologisch und/oder ideologisch induzierter Konflikte führt zu den Grünen: siehe Beispiele Zwentendorf und Hainburg.

Reihenbefragungen über Hainburg ergaben, daß die konsequente Forderung, man sollte auf den Bau des Staudammes gänzlich verzichten, von dem Faktor Jugend und dem Faktor Maturanten und Akademiker am deutlichsten gutgeheißen wurde, während die Pflichtschulabsolventen mit deutlicher Mehrheit Position für den Bau bezogen. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten galt auch, daß Jungwähler signifikant stärker gegen den Bau als für den Bau waren. Diese beiden angeführten Ereignisse von 1978 und

Siebente These:

1984 bilden einen Schlüssel für das Verständnis der Entwicklung des politischen Systems in den späten siebziger und in den achtziger Jahren, sie zeigen identischen sozialen Hintergrund.

Ad 2. Durch eine neue Ideologisierung, für die die Studentenbewegung verantwortlich war, kam es letztendlich zu einer Säkularisierung des Parteiensystems. Die Studentenbewegung, die vereinfacht definiert die Demokratie wörtlich nehmen will, hat einer de facto ausgehöhlten politischen Landschaft eine neue, ideologische Dynamik gegeben. Programme wurden ernstgenommen, inhaltliche Ziele wurden formuliert und teilweise auch durchgesetzt. Aber dieser erste Schritt der Ideologisierung hat dann, als vor allem die in Österreich so ungewöhnlich erfolgreiche Integrationsstrategie der SPÖ nicht mehr so funktioniert hat – nicht mehr so funktionieren konnte – zu einem Zerbröckeln der traditionellen Lager wesentlich beigetragen. Die ideologische Erwartung wurde nach einer Phase der Eingemeindung erzeugt, und mit der mangelnden Fähigkeit der Großparteien ist die Enttäuschung gestiegen. Als Ergebnis bröckeln die auf Loyalitäten aufbauenden Lager ab, und dies weist auch den Charakter einer Säkularisierung auf. Die Parteien als Lager waren Ersatzkirchen, und der Auszug aus diesen Ersatzkirchen bedeutete Trennung von Lebensplanentscheidung, Weltanschauung, einmalig getroffenen Weichenstellungen und konkreten politischen Aktivitäten: also Säkularisierung.

Achte These: Die Sekundärwirkungen der Studentenbewegung in Österreich sind wichtiger als ihre primären Folgen.

Die primären Folgen der Studentenbewegung sind im internationalen Vergleich, was insbesondere die USA, Frankreich und die BRD, aber auch die meisten westeuropäischen Demokratien betrifft, sicherlich in Österreich weniger beachtlich. Allerdings tritt hier eine Art von „Umwegrentabilität“ auf, über die die Studentenbewegung ganz wichtige Sekundärwirkungen gezeigt hat, welche beispielhaft die folgenden sechs Punkte ausmachen.

1. Politische Loyalität wird durch Umwegrentabilität – in Übereinstimmung mit der Tendenz der Studentenbewegung – von festen Lagerstrukturen zunehmend befreit. Politische Loyalitäten, politisches Engagement mit Zielvorstellungen und politische Bildung werden immer weniger automatisch als SPÖ, ÖVP oder FPÖ verstanden. Andere, zu den Parteien querliegende oder neue Parteiformen erfassende Möglichkeiten zur politischen Loyalität werden zunehmend möglich. Somit gibt es das Lagerdenken als ewig wichtige Quelle politischer Loyalität nur noch in Restbeständen, konkurrierend mit nunmehr davon befreiten Formen politischer Loyalität.

2. Die Studentenbewegung hat sekundär zu einer Entstaatlichung des politischen Denkens beigetragen – zu dem, was in der anglo-amerikanischen Diskussion die civil society heißt –, nicht zu verwechseln mit einer wirtschaftlichen Entstaatlichungsdiskussion, sondern zu einer Entstaatlichung im politisch-kulturellen Sinn. Die Vorstellung, daß der Fortschritt noch immer wie zu Zeiten des Kaisers Joseph II. von oben kommt – von wohlmeinenden Politikern, wohlmeinenden Herrschern, von „Denen-Da-Oben“ –, ist als Sekundärwirkung der Studentenbewegung und in Übereinstimmung mit ihrer grundsätzlichen Stoßrichtung in Österreich ganz wesentlich geschwächt worden.

3. Enthierarchisierung der politischen Kultur zeigt sich in der Weise, daß politische Eliten, mit einem selbstverständlichen Respekt der Basis ausgestattet, nicht mehr ein Maximum an Spielraum zur Gestaltung politischer Entscheidung haben. Das, was die Zweite Republik in den ersten Jahrzehnten ausgezeichnet hat, stabilisiert hat, ist durch diese Sekundärwirkung der Studentenbewegung – in Übereinstimmung mit deren Stoßrichtung – heute in Frage gestellt. Der Handschlag eines ÖGB-Präsidenten mit einem Bundeswirtschaftskammerpräsidenten hat vor 20, 30 Jahren einen anderen Stellenwert als heute gehabt. Nicht, weil die Betroffenen nicht mehr einander mit Handschlag etwas zusichern wollen, sondern weil die gesellschaftliche Akzeptanz dieser so besiegelten Abmachung nicht mehr so selbstverständlich vorherrscht. Der abnehmende Respekt vor „Denen-Da-Oben“ ist Teil dieser Enthierarchisierung der politischen Kultur. Aufmüpfige Lehrer scheren sich nicht mehr unbedingt um den

Landesschul- oder Bezirksschulinspektor. In Bereichen des öffentlichen Dienstes hat die jeweils herrschende Fraktion mehr Mitglieder als Wähler bei Personalvertreterwahlen. Politiker machen Karriere, indem sie in einer bestimmten Phase ihres Lebens durch extreme Aufmüpfigkeit auf sich aufmerksam machen.

4. Als Sekundärwirkung der Studentenbewegung kann auch die Theatralisierung des politischen Stils gelten. Die Studentenbewegung hat 1968 das „happening“ als politische Waffe entdeckt, welche uns seither – wenn auch nicht unter dieser Bezeichnung – begleitet. Auch Tiroler Bergbauern, die gegen den Transit demonstrieren, wissen, daß erstens nicht nur die Wipptalautobahn zu besetzen, sondern zweitens auch rechtzeitig ein Fernsehteam des ORF dorthin zu bestellen ist. Die Theatralisierung als Mittel des politischen Konfliktes ist durch die Studentenbewegung in Bewegung gekommen und seither Allgemeingut geworden.

5. Als Sekundärwirkung nicht unbedingt gewollt, aber gerne von der Studentenbewegung in Kauf genommen ist die abnehmende Berechenbarkeit der politischen Prozesse in Österreich. Als Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in Deutschland eine Modediskussion über Regierbarkeit begonnen hat, sind wir Österreicher aus typisch deutscher Sicht noch regierbar gewesen. Die Deutschen sagen sich, sie könnten nicht mehr regierbar sein, und Österreich wurde als wunderbar regierbares Vorbild angeführt. Es gibt da einige wenige Leute, die etwas allgemeinverbindlich mit Handschlag abschließen: die Sozialpartnerschaft zweier Parteiführer, die für alle sprechen können.

6. Die vielleicht wichtigste Konsequenz der Studentenbewegung ist die Internationalisierung in Form einer Entösterreichung, einer Entaustrifizierung. Österreich wird immer weniger Österreich, wenn Österreich heißt, daß Politik nichts anderes als SPÖ und ÖVP sowie die Sozialpartnerschaft zweier Präsidenten bedeutet. Wenn Österreich ausmacht, daß politisches Wissen atmosphärisch von Generation zu Generation vererbt wird, dann ist Österreich heute schon nicht mehr es selbst. Österreich hat sich vielmehr in allen nachvollziehbar meßbaren Werten Westeuropa angenähert. Die Wahlbeteiligung nimmt von einer österreichischen Höhe ab und geht in die Richtung einer westeuropäischen Normalität. Die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien ist immer noch gering – aber es spricht mehr Wahrscheinlichkeit dafür, daß im Parlament des Jahres 2000 sechs Parteien sitzen werden, als daß drei Parteien sitzen werden. Die Parteimitgliedschaft ist in Österreich noch immer relativ hoch, aber die SPÖ hat in absoluten Zahlen zwischen 1980 und 1990 über 100.000 Parteimitglieder verloren. Noch immer besitzt der ÖGB relativ viele Mitglieder, aber er kann seine am Papier aufgewiesene Organisationsstärke nur dadurch bewahren, daß er zunehmend Pensionisten und Rentner unter die aktiven Mitglieder rechnet. Alles das stellt einen Prozeß der Entaustrifizierung dar, wenn Österreich „die Summe der ungewöhnlichen Spitzenwerte an politischer Organisiertheit“ heißt. Das ist sicherlich nicht primär von der Studentenbewegung bewirkt worden, sie hat aber hier – neben anderen – als eine Art Katalysator fungiert. In diese „Insel der Seligen“ wurde ein Element der von außen induzierten, nicht in Österreich gemachten Beweglichkeit gebracht. Die Studentenbewegung, die als eine schon milder gewordene Welle diese österreichische Insel erreicht hat, hat zu der Internationalisierung beigetragen und geholfen, daß etwas, was unvermeidlich auf Österreich zugekommen wäre, deutlicher und etwas bewegter passiert ist.

*Aus: Pelinka, Anton: Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich.
8 Thesen aus politikwissenschaftlicher Sicht,
in: Schriftenreihe zur Lehrerbildung im berufsbildenden Schulwesen,
Heft 146, Wien 1993, S. 87–104.*